



HESSISCHER LANDTAG

04. 11. 2025

Plenum

Antrag

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wohnungslosigkeit in Hessen bekämpfen – Ein Dach über dem Kopf für alle

In Hessen spitzt sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt weiter zu. Die Mieten steigen vielerorts unaufhaltsam – besonders in den Ballungsräumen – und bezahlbarer Wohnraum wird zunehmend zur Mangelware. Die sozialen Folgen dieser Entwicklung sind gravierend: Immer mehr Menschen verlieren ihre Wohnung, können sich ihre Miete nicht mehr leisten oder leben unter prekären Bedingungen. Wohnungslosigkeit als extremste Form der Armut ist längst kein Randphänomen mehr, sondern ein drängendes gesellschaftliches Problem, das die Mitte der Gesellschaft erreicht hat. Menschen ohne mietvertraglich abgesicherten Wohnraum und ohne Zugang zu einer sicheren, selbstgewählten Unterkunft sind extremen Belastungen ausgesetzt und von gesellschaftlicher Teilhabe weitgehend ausgeschlossen.

Die Landesregierung hat sich im Koalitionsvertrag klar zum Ziel bekannt, Wohnungs- und Obdachlosigkeit zu bekämpfen. Der vorliegende Antrag fordert die konsequente Umsetzung dieser Zusage durch konkrete, wirksame Maßnahmen. Nur durch ein entschlossenes Handeln kann das Ziel des Nationalen Aktionsplans, die Wohnungslosigkeit bis zum Jahr 2030 zu überwinden, in Hessen erreicht werden.

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass Wohnungslosigkeit ein drängendes gesellschaftliches Problem darstellt, das die Mitte der Gesellschaft erreicht hat. Die Zahl der wohnungslosen Menschen in Hessen ist mit 25.785 untergebrachten Personen im Jahr 2024 alarmierend hoch und im Vergleich zum Vorjahr um knapp 14 Prozent angestiegen. Dies bildet nur das sogenannte „Hellfeld“ der von Wohnungslosigkeit Betroffenen ab – die Dunkelziffer liegt bedeutend höher. Die zunehmende Zahl an Wohnungslosen ist dabei ein unhaltbarer Zustand, auf den dringend mit gezielten Maßnahmen reagiert werden muss.
2. Der Landtag stellt fest, dass die Unterfinanzierung der sozialen Wohnraumförderung in Hessen die Problematik der Wohnungslosigkeit noch weiter anheizt. Im vergangenen Jahr hätte die sozial orientierte Wohnungswirtschaft nach Angaben ihres Verbands 30 Prozent mehr geförderte Wohnungen realisieren können, wenn die Hessische Landesregierung genügend Fördermittel bereitgestellt hätte.
3. Der Landtag stellt fest, dass die bisherigen Maßnahmen der Landesregierung zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit unzureichend sind und die Landesregierung ihren im Koalitionsvertrag formulierten Zielen bislang nicht gerecht wird.
4. Der Landtag stellt fest, dass die Hessische Fachkonferenz Wohnungslosenhilfe (HFKW), bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern des Sozialministeriums, des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen, des hessischen Landkreis- und Städtetags sowie der Liga der freien Wohlfahrtspflege in Hessen e. V., ein wichtiges Gremium ist, um die fachliche Weiterentwicklung der Wohnungslosenhilfe in Hessen voranzutreiben. Ihre Expertise und Erfahrung müssen noch stärker als bisher in die Entwicklung und Umsetzung wirksamer Strategien gegen Wohnungslosigkeit einbezogen werden.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, einen Aktionsplan gegen Wohnungslosigkeit auf den Weg zu bringen, der folgende Elemente umfasst:
 - a) Ein Förderprogramm für Housing First, durch welches Vermieterinnen und Vermieter attraktive Förderzuschüsse erhalten, wenn sie Wohnraum für Menschen ohne eigenen Mietvertrag schaffen, zur Verfügung stellen oder für diese Zwecke sanieren. Dabei sollen Vermieterinnen und Vermieter sowie die Mieterinnen und Mieter der Wohnungen durch ein umfassendes Unterstützungssystem begleitet werden.

- b) Die Bereitstellung auskömmlicher Landesmittel zur Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus.
 - c) Ein Förderprogramm zur Unterstützung von Kommunen bei der Entwicklung kommunaler Konzepte und Strategien gegen Wohnungslosigkeit.
 - d) Gezielte Unterstützung beim Ausbau präventiver Angebote gegen Wohnungslosigkeit.
 - e) Den Ausbau des erfolgreichen Projektes „Wohnen nach dem Frauenhaus“.
 - f) Ein unbürokratisches Programm zur Förderung der sozialen Wohnraumhilfe sowie
 - g) ein Pilotprojekt zur aufsuchenden psychosozialen Arbeit.
6. Der Landtag fordert die Landesregierung darüber hinaus auf, zusammen mit den Kommunen und dem Bund den Nationalen Aktionsplan zur Überwindung von Wohnungslosigkeit in Hessen konsequent umzusetzen und in dieser Verantwortungsgemeinschaft die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Wohnungs- und Obdachlosigkeit bis 2030 überwunden werden kann.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 4. November 2025

Der Fraktionsvorsitzende:
Mathias Wagner (Taunus)